

## Haushaltsrede FDP 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

es gibt so viele Sprüche über den Letzten wie es die Mathematik zulässt. Deshalb erspare ich Ihnen ein weiteres Zitat und beginne so, wie ich es auch als Erster tun würde.

Der jährliche Haushalt und seine Verabschiedung ist ein immer wiederkehrender Anlaß zur Freude, zur Selbstbeweihräucherung, zum Schulterklopfen und zur Nabelschau – das alles ohne Folgen, denn ich habe es während meiner Ratsherrenzeit noch nicht erlebt, dass auch nur ein gut – und sinnvoll gemeinter Rat irgendwie Eingang in den vorgelegten Haushaltsentwurf gefunden hat, von marginalen Änderungen einmal abgesehen. Das kann einen nicht ganz so gefestigten Menschen schon entmutigen.

Eine mutlose FDP allerdings, meine Damen und Herren, hätte nicht so lange überlebt wie es nun einmal hat. So versuche ich erneut, an einigen Stellen dem Haushalt Sinnhaftigkeit zu geben.

*etwas mehr*  
Über das Gute und Positive kann ich leicht und zustimmend hinweggehen. Das ist schon von allen gesagt worden. Allerdings ist bei aller Zufriedenheit über einen ausgeglichenen Haushalt anzumerken, dass dieses eine reine Formalie und gem. § 75 Abs. 2 S. 1 der GO eine gesetzliche Forderung ist, der ggfs. durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage genügt werden kann. Von einer sog. schwarzen Null sind wir weiter denn je entfernt, wie ich später noch ausführen werde.

Der gemeindliche Haushalt ist kein Selbstzweck, sondern lediglich und insbesondere das Treibmittel, das den gemeindliche Betrieb am Laufen hält. Alles was in der Stadt geschieht, hat Bezug zum Haushalt, so dass dieser auch alles enthalten sollte, was voraussichtlich im Haushaltsjahr passieren kann oder geplant wird.

Prognosen sind bekanntlich schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen. Es gibt aber auch feststehende Eckpunkte im jedem Haushalt, über die eine Diskussion sich nicht lohnt, Das sind z.B. die fortlaufenden Kosten der Verwaltung, die Transferaufwendungen, die Kosten im schulischen Bereich u.a.. Diskussionen lohnen sich nur über solche Erträge und Aufwendungen, welche die Stadt über die feststehenden Haushaltseckpunkte hinaus fördern oder beschweren.

Das sind in erster Linie Investitionen. So ist der angestrebte Erwerb von Grundstücken durch die Stadt zu begrüßen, auch wenn da und dort Preise aufgerufen werden, die mit einem geordneten Markt nur schwer in Einklang zu bringen sind. Aber die Stadt darf in diesem zukunftssichernden Bereich das Feld nicht allein privaten Investoren überlassen – ich sage das mit voller Überzeugung, obwohl es beim ersten Hinhören nicht so ganz nach FDP klingt. Denn wir Ratsmitglieder sind zuvörderst dem Wohle der Stadt verpflichtet, und diese muß genügend Grundstücke besitzen, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Vor dem Verkauf städtischer Grundstücke sollte allerdings jedes Mal geprüft werden, ob nicht auch die Bestellung eines Erbbaurechts ausreicht.

Aber nicht alle Investitionen müssen ad hoc und in vollem Umfang getätigt werden, auch wenn sie notwendig oder sinnvoll sind. Die Auszahlungen für Investitionen belaufen sich bis und einschließlich 2021 auf mehr als Euro 62 Mio, von denen ein Großteil auf das Schulzentrum entfällt. Das Argument, wir investieren in Bildung trägt nur zum Teil. Wir investieren zuvörderst in BauSteineErden, in Bildung nur dann, wenn die Lehrerkapazität ebenfalls erhöht und der Lehrstoff den geänderten Verhältnissen angepasst wird. Auch vor dem Hintergrund stagnierender Schülerzahlen sollten wir gemeinsam überlegen, ob das Schulzentrum mit dieser Geschwindigkeit vollumfänglich um- und neugebaut werden muß. Zwar ist der Haushalt nicht auf Kante genäht, aber etwas mehr Luft zum Atmen täte ihm ganz gut. Denn er schleppt schon seit Jahren einen immer größer werdenden Rucksack mit sich herum. Das betrifft nicht zuletzt wegen der Investitionen den Finanzplan. So nehmen die liquiden Mittel der Stadt dramatisch – und das ist nicht übertrieben – ab, nämlich von 2018 mit 10,3 Mio über 4,7 in 2019 bis 1,5 Mio im Jahre 2022. Entsprechend muß gegenfinanziert werden, beginnend mit 14 Mio in 2018 über 18 Mio in 2019 bis zu 31 Mio in 2022. Das Hurra über den ausgeglichenen Haushalt sollte angesichts steigender Schulden eher einem gedämpften Trommelwirbel weichen. Es muß deutlich bei der Abarbeitung der verabschiedeten Investitionen gegengesteuert und neue nur unter Schonung von Eigenkapital und Finanzierungskraft der Stadt umgesetzt werden. Die FDP hat schon immer Haushaltsdisziplin und eine strategische Sicht auf die Haushaltsgestaltung eingefordert und muß dieses angesichts der Schuldenaufnahme erneut tun.

Letzteres auch deshalb, weil durchaus mit einer Eintrübung der Konjunktur zu rechnen ist wegen der sich verschlechternden europäischen und weltweiten ökonomischen und politischen Bedingungen. Deshalb sollten alle Einsparmöglichkeiten geprüft werden, zumal auch bei diesem Haushalt sich keine zahlenmäßige Verbesserung der Ausgleichs- und der Allgemeinen Rücklage erkennen lässt. Vor allem betrifft das Einsparungen im langfristigen

Bereich wie z.B. die Erhaltung von Baudenkmälern, hier die Kapelle, die nicht unbedingt im städtischen Eigentum verbleiben müssen, um der Gesamtheit zugänglich zu sein oder zu dienen. Hier hätte ein privater Eigentümer, den man durchaus finden kann, u.a. den Vorteil, Sanierungs- und Restaurationsmaßnahmen staatlich gefördert zu bekommen. Vor jeder Baumaßnahme sollte stets überprüft werden, ob nicht eine kostengünstigere Variante auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten möglich ist. Auch sollte unabgestimmtes Vorpreschen, das zu weiteren Kostenbelastung der Stadt führt, wie es im Falle der Friedhofslinden geschehen ist, seitens der Politik vermieden werden. Zur Definition dieser Einsparmöglichkeiten ist es ratsam, die Arbeitsgemeinschaft Haushalt mit dieser Aufgabe erneut zu betrauen, die immerhin Vorschläge machen kann, die dann auch umgesetzt werden sollten.

Aus Sicht der FDP bleiben schließlich noch vier wesentliche Punkte, die im Zusammenhang mit dem Haushalt erörtert werden müssen, nämlich die Erstellung und Finanzierung eines stadtübergreifenden Gesamtkonzepts, die Regelung der Grundsteuer B, die Nutzung des Glasfasernetzes als „schnelles Internet „ und der Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts.

Rat und Teile der Rietberger Bürgerschaft befassen sich nach dem Scheitern der Einzelmaßnahme COC u.a. mit der sog. Neuen Mitte und Belebungsmaßnahmen für die Rathausstraße. Daraus entsteht nicht nur gedanklich ein Flickenteppich, sondern diese Bemühungen lassen die anderen Stadtteile außen vor und lösen, wenn überhaupt, nur Teile der städtischen Probleme. Ein gelöstes Problem Rathausstraße löst nicht die Probleme der Gesamtstadt. Man kann weder die Rathausstraße noch das Zentrum Westerwieher Straße noch die Neue Mitte oder das Parkplatzproblem oder die Westumfahrung ohne eine Gesamtbetrachtung unter Einbeziehung der übrigen Ortsteile und der finanziellen Möglichkeiten der Stadt sehen. Es sind bauliche, verkehrliche, siedlungstechnische, schulische und soziale Probleme zu lösen, die die Verwaltung nicht ohne externe Hilfe bewältigen kann, um der Stadt die Zukunft zu geben, die sie verdient. Klientelpolitik ist dabei verfehlt. Bezahlbarer Wohnraum ist ebenfalls ein vordringliches Thema. Also warum geben wir vom Rat aus der Verwaltung diese Hilfe nicht an die Hand und stellen einen entsprechenden Betrag in den Haushalt ein? Das ist gut angelegtes Geld im Vergleich zu anderen Haushaltspositionen. Was nutzt ein Stadtmarketing, wenn die Stadt als Marketingobjekt zu wenig hergibt?

Die Grundsteuer B ist ein nicht befriedigendes und dem Bürger unverständliches Thema. All die vom Bürgermeister bei der Präsentation des Haushalts vorgenommenen Rechenkunststücke ändern nichts an der Tatsache, dass wir über einen Erhöhungsbetrag von Euro 150.000,00 reden, wahrlich keine Summe, die uns vor der Haushaltssicherung bewahrt hätte. Aber nehmen wir einmal die seinerzeitige Begründung für die Erhöhung beim Wort, so ergibt die

heutige Situation, bei der wir weit von der Haushaltssicherung entfernt sind, eben keinen Grund mehr für die Aufrechterhaltung der Erhöhung. Diejenigen, die dem Bürger unter Bezugnahme auf diese Ausnahmesituation die Erhöhung als einmalige Hilfsmaßnahme schmackhaft gemacht haben, müssen heute zu ihrem Wort stehen und diese Maßnahme den heutigen Erfordernissen angleichen. Auch die FWG, die im Jahre 2012 einen unter dem Aspekt „Ehrlichkeit“ bürgerfreundlichen Vorschlag gemacht hat, die Erhöhung der Grundsteuer B auf einen Zeitraum von drei Jahren zu begrenzen, vermag sich heute gar nicht oder nur schwer daran zu erinnern. Ein Abschmelzen der Grundsteuer B würde nicht nur die Glaubwürdigkeit von Teilen des Rates bestätigen, sondern Wohnen in Rietberg jedenfalls nicht teurer machen. Es sollte nicht auch in Rietberg der Eindruck entstehen, dass einmal eingeführte Steuern ein ewiges Eigenleben führen, obwohl sie sich längst überlebt haben. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FWG : geben Sie diesem einmaligen Ehrlichkeitsimpuls nach und lassen Sie uns gemeinsam die Grundsteuer B senken !

Ebenso geht der Hinweis auf die Erhöhung der Ausgleichsrücklage durch Nutzung der Grundsteuer B fehl, weil man nur in den Jahren 2016 und 2017 von einer markanten Verbesserung sprechen kann, die sich in folgenden Jahren 2018 und 2019 auf knapp 15.000,00 bzw. 53.000,00 marginalisiert hat. Auch der Vergleich mit anderen Gemeinden ist nicht zielführend, weil nicht dieser die Rietberger Bürgerinnen und Bürger belastet, sondern die hier gefasste konkrete Entscheidung. Hier wird den Bürgern mit unzutreffenden Argumenten Geld aus der Tasche gezogen.

Ich muß – auch wenn es Sie langweilen sollte – erneut daran erinnern, dass der Erhöhungsbeschluß auch angesichts der dafür vorgebrachten Argumente nicht nötig gewesen wäre. hätte man den Haushalt erst im März des nächsten Jahres verabschiedet, weil im Januar der Kämmerer mit der frohen Nachricht überraschte, dass sich die Einnahmensituation um mehr als 1 Mio Euro verbessert habe. Da die Stadt einen gewissenhaften Kämmerer hatte, können wir davon ausgehen, dass ihm und dem Bürgermeister dieser Umstand bereits im Dezember des laufenden Jahres bekannt gewesen sein dürfte. Daß diese verlangsamte Kommunikation nicht bei jedem Ratsmitglied auf Verständnis gestoßen ist, kann man getrost unterstellen.

Als dritten Punkt habe ich den Glasfaserausbau genannt. Zu der technischen dilatorischen Realisierung und den argumentativen Girlanden, die da gestrickt werden, fällt mir nichts mehr ein. Sie sind bei genauerer Betrachtung auch nicht das Problem, die Frage ist vielmehr, ob und welche neue Inhalte der so oft zitierte Bürger denn nun mit dem ultraschnellen Internet transportieren will oder soll. Soll er noch schneller bei Zalando bestellen und wieder zurückschicken und sollen die Kinder noch schneller und mehr daddeln, von anderen

Beschäftigungen ganz zu schweigen? Der Umgang mit Medien ist schon heute schwierig und wird es für die Eltern erst recht, wenn den Kindern dieses alles mit dem Faktor zehn angeboten wird. Das ist die private Seite der Nutzung. Der öffentliche Anwendungsaspekt des schnellen Internets ist als Teil eines städtischen Gesamtkonzepts nicht reduziert auf die Frage, ob über das leistungsfähige Internet städtische Verwaltungstätigkeiten bürgernäher, schneller und kostengünstiger gestaltet werden und Verwaltungsangestellte auch über Homeoffice arbeiten können und zukünftig weitere Anmietungen von Gebäuden für die Verwaltung unterbleiben können. Ob und wie weit eine interne Automatisierung in Frage kommt, wird die Zukunft ebenfalls zeigen. Entsprechende Planungen der Verwaltung sollten nicht an Haushaltsmitteln oder Personal scheitern. Zumindest zu den Anwendungsmöglichkeiten im städtischen Bereich würde die FDP in einer der nächsten Ratssitzungen gern etwas hören – es kann auch im Zusammenhang mit einem sog. „Update“, über die Verkabelungssituation sein.

Der letzte Punkt ist wieder ein altbekannter, gleichwohl ein gleichbleibend wichtiger. Er betrifft den Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts. Die Gründe für eine Verschiebung auf März kommenden Jahres habe ich wiederholt dargelegt, im wesentlichen die Vermeidung von überraschenden Endjahresnachrichten und ihren nicht mehr zu berücksichtigenden Einfluß auf das Haushaltsgebaren. Die Zielgenauigkeit im Bereich weitgehender Spekulation würde dem Rat die Sicherheit geben, in voller Kenntnis aller Zahlen des abgelaufenen Jahres über das kommende Jahr zu entscheiden. Die FDP möchte nicht erneut Anfang 2019 mit Herrschaftswissen konfrontiert werden, das verzögert weitergegeben wird.

Der positive Eindruck, den der Haushalt auf den ersten Blick macht, hält einer genaueren Prüfung nicht stand. Trotz vieler Warnungen von allen Seiten in den Haushaltssitzungen der vergangenen Jahre ist eine Einsicht oder gar Umkehr bei der Haushaltsgestaltung nicht erkennbar, was umso nachdenklicher macht, wenn man bedenkt, dass die Ertragsseite des Haushalts nahezu vollkommen dem Einfluß von Rat und Verwaltung entzogen ist. Ob Daumendrücker für eine Fortsetzung der sprudelnden Gewerbesteuerereinnahmen ausreicht, darf bezweifelt werden. Die Stadt muß selbst durch Spar- oder Verschiebungsmaßnahmen aktiv werden, um verantwortungsvoll der Zukunft gerecht zu werden.

Soviel zum Schluß der Redegala von der FDP. Es wäre hilfreich in dieser Situation vom vielzitierten Bürger zu erfahren, wie er denn stimmen würde. Die FDP sieht sich nach reiflicher Überlegung, die sich am Wohle der Stadt orientiert, nicht in der Lage, dem Haushalt zuzustimmen.